

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Verantwortlicher: Kurt Roden 2593 und 2594.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Verantwortlicher: Kurt Roden 2708.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, im Ganzen und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Straßband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die nebengefaltene Nonpareilzeile ober deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreispaltige Reklamezeile 5 M., Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familienanzeigen, Verkaufsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 2

Donnerstag, den 9. Januar 1919

Nummer 15

Die Verhandlungen vorläufig gescheitert.

Fortdauernde Straßenkämpfe. — Schwere Blutopfer. — Anwerbung von Offizieren und Studenten.

Revolutionstreue Arbeiter Berlins! Soldaten!

In Berlin wird ein Flugblatt verbreitet, das unterzeichnet ist: „Im Einverständnis mit dem Oberkommandierenden Roske“ „Die Arbeitsstelle Berliner Studenten“. Darin werden die Bürgerlichen aufgefordert, „Schulter an Schulter mit den Rechtssozialisten“ die Waffen zu ergreifen, um die heilige Ordnung in Deutschland, namentlich in Berlin, zu sichern.

Dieses Roske, wie in dem Flugblatt behauptet wird, sein Einverständnis mit dieser Aktion erklärt, so ist der Bund zwischen der Bourgeoisie, den Anhängern des verurteilten Militarismus und den Rechtssozialisten zur Aufrechterhaltung der heiligen kapitalistischen Ordnung besiegelt.

Die Regierung will nicht mit Güte regieren, sie will mit der eisabengierten Faust den Massen entgegenreten, die nicht an die Gottähnlichkeit der Ebert-Scheidemann-Roske-Landsberg glauben. Dazu soll die Weiße Garde unter dem Patronat Roskes helfen. Und man wagt es, Arbeiter für die konterrevolutionäre Weiße Garde zu werben und gegen einen Judaslohn zu Verrätern ihrer Klasse zu machen.

Arbeiter! Ihr werdet diesen Schimpf denen heimzahlen, die so gewissenlos sind, Euch gegen Eure Arbeitsbrüder aufzuheben.

Die Herren Bourgeois und Rechtssozialisten verlangen von Euch in dem Flugblatt, Ihr sollt so tun, „wie Ihr es 1914 getan habt“. Die Studenten und ihre Hintermänner

wollen also den Taumel des August 1914 von neuem entfesseln. Sie haben nicht genug an den Millionen Toten und Verstümmelten. Sie bereiten ein neues Blutbad vor und diesmal nicht gegen den äußeren, sondern gegen den inneren Feind, die Klassenbewussten Arbeiter.

Ueber vier Jahre haben sie ihre verderbliche Kriegspolitik getrieben und damit unser Volk bis zum Weißbluten gebracht, unser Wirtschaftsleben zerstört, Hunger und Not über die Massen verhängt. Jetzt sollen die blutigen Organe weitergehen.

Kein ehrlich denkender Arbeiter wird diesem schändlichen Laster folgen. Die Ebert, Scheidemann, Landsberg, Roske haben jede Achtung bei den Massen verloren, auch bei denjenigen, die sich bis jetzt noch nicht entschließen konnten, sich vollständig von ihnen abzuwenden. Als Begünstiger der Weißen Garde, als Beschützer der goldenen Studentenjüngend und der Bourgeoisie sind sie für immer in den Augen des deutschen und des internationalen Proletariats gebrandmarkt.

Arbeiter, schart Euch zusammen zur Abwehr gegen die drohenden Gewalttaten der Weißen Garde. Nieder mit ihrem Beschützer Roske! Nieder mit den arbeiterfeindlichen Regierungsmännern.

Die revolutionären Obleute und Vertrauensmänner der Großbetriebe Groß-Berlins.

Der Zentralverband der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Nicht Verständigung — Bruderkrieg!

Der vierte Kampftag bricht an. Das Schießen nimmt zu, das Lachen der Maschinengewehre, die Explosion der Handgranaten wird zum gewohnten Geräusch. Die Opfer mehren sich in erschreckender Weise. Arbeiter, Soldaten, Sozialisten, Revolutionäre schießen auf Arbeiter, Soldaten, Sozialisten, Revolutionäre. Zufällige Passanten sinken getroffen zu Boden. Heute wird es schlimmer werden. Und morgen?

Ist das notwendig so, müssen solche Opfer gebracht werden um der Entwicklung der Menschheit willen? Als am 9. November die ersten Opfer der Revolution gefallen waren, da erfüllte uns die Trauer um die Toten. Aber tröstlich, ja erhebend war der Gedanke, daß sie gefallen waren im Dienste der beherren Ideen, denen sie ihr Leben geweiht, denen sie treugeblieben waren im Tode, den Ideen der Freiheit und des Sozialismus. Jetzt aber starben sie im Bruderkrieg.

Nein, es ist nicht notwendig, daß diese Opfer fallen, daß das Schießen fortgeht. Es mußte nicht sein, daß die Regierung taub blieb allen Ratsschlägen, allen immer neu wiederholten Versuchen der Vermittlung. Der Eindruck, den wir seit Beginn der Verhandlungen hatten, die Regierung wolle keine Verständigung, ist im Laufe des heutigen Tages zur traurigen Gewißheit geworden. Die Regierung will den Weg der Gewalt, sie will die Niederwerfung der revolutionären Arbeiter. Wenn wir gestern noch fragen konnten: Verständigung oder Bruderkrieg?, heute ist es keine Frage mehr: der Bruderkrieg tobt in den Straßen.

Unsere Genossen, das muß jeder, der den nachstehenden Verhandlungsbericht auf sich wirken läßt, zugeben, haben alles versucht, um eine Verständigung zu ermöglichen. Vergebens! Wie gestern, so lehnte heute die Regierung Ebert-Scheidemann auch uns ab, in die sachlichen Verhandlungen einzutreten und forderte von vornherein Unterwerfung. Vergebens schlugen die verhandelnden Genossen vor, alle bürgerlichen Zeitungen vorher zu räumen, vergebens sagten sie auch die Rückgabe des „Vorwärts“ als gewisses Resultat der Verhandlungen zu. Die Regierung blieb bei ihrem starren Nein und der Zentralrat entwürdigte sich zu ihrem willenslosen Werkzeug! Er bedeckte alles, was von ihm verlangt wurde.

Die Verhandlungen sind abgebrochen. Die Erinnerung steigt auf an andere Verhandlungen, bei deren Einleitung man meinte, sie müßten zu einem Resultat führen, weil es der reine Wahnsinn wäre, die Verständigung zu hintertreiben, weil es ein Verbrechen wäre, unendliches Unheil heraufzubeschwören. Und wie in jenen Unheilstagen des endenden Juli und beginnenden Augusts 1914, so hat man auch heute die Empfindung, daß es nur eines klugen Wortes, eines bißchen guten Willens bedurft hätte, um alles zu einem guten Ende zu bringen. Und wie damals, wartete man heute vergebens.

Das bißchen guter Wille. Daran eben fehlte es den Führern der Rechtssozialisten. Sie wollten ihren Willen durchsetzen, und dieser Wille ist kein guter, kein sozialistischer Wille, sondern der Wille zur Wahrung der Autorität, der Wille zur Erhaltung ihrer Macht. Und diesem Willen entspricht die Methode, die alte, unheilvolle Methode der gestürzten Gewalttäter, und die Lösung ist dieselbe: Infanterie, Artillerie und Maschinengewehre!

Und die Folgen, die verhängnisvoll sind für die Sache des Sozialismus, sind schon da. Roske ruft für die Regierung die Offiziere auf und die Studenten...

Ein Dokument der Schande.

Den Aufruf, den die Rundgebung unserer Genossen brandmarkt, müssen wir doch als eine Art historischen Dokument und als ein charakteristisches Zeugnis für die Gemütsart der rechtssozialistischen Führer hierhersehen. Er hat folgenden Wortlaut:

Aufruf an alle wehrfähigen Männer!
Regierungstreue Männer Berlins!
Bürger! Arbeiter!

Nun habt Ihr zur Genüge mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört, wie Siebenschneiders Massen dabei sind, um uns unser gedemütigtes Vaterland in vollkommenen Verfall zu bringen. Unsere Städte in Schutthaufen, unsere bis jetzt ruhigen Wildbürger in eine wildtobende, oder angststillernde arbeitlose und hungernde Masse zu verwandeln.

Unsere provisorische Regierung hat jetzt eingesehen, daß es nicht möglich ist, die Verbliebenen mit Güte zur Ruhe zu bringen. Spartakus ist bewaffnet, und unsere Treuen können bis heute bloß die Hände ballen.

Jetzt könnt Ihr zu den Waffen greifen, um die heilige Ordnung in Deutschland, namentlich in Berlin, zu sichern. Die Verbände nehmen Euch sofort auf unter die freiwilligen Regimentsgruppen.

- Es sind die Verbände:
1. Regiment Reinard, Koabit, Kaserne des 4. Garberegiments zu Fuß.
 2. Gardelavalleriedivision, Dähle m., Boddenstraße-Allee 78.
 3. Landessägerkorps, Jossen, Kommandantur Truppenübungsplatz (Hauptmann Jacobsen).
 4. Division Hülsen, Werder, Jernsee 11.

Die Bedingungen sind: Mobiles Gehalt für alle Dienstgrade, 5 Mark Handgeld pro Kopf und Tag, freie Verpflegung und Unterbringung, längste Rindigungsfrist, Treuegeld, Entlassungsgeld, Entschädigungen.

Wandelt nicht! Stellt Euch sofort, wie Ihr es 1914 getan habt. Die Gefahr ist größer als damals. Kommt, soweit wie möglich,

in Uniform und bringt mit, was Ihr an militärischer Ausrüstung besitzt.

Ihr werdet Eurem früheren Dienstgrade und Eurer Waffengattung entsprechend in disziplinierte Verbände eingeteilt. Auf Eure persönlichen Wünsche wird die größtmögliche Rücksicht genommen. Daraus kommt sofort!

Ihr Bürgerlichen, kommt auch heraus aus Euren Häusern und stellt Euch Schulter an Schulter mit den Rechtssozialisten! Schätze Güte tut not!

Im Einverständnis mit dem Oberkommandierenden Roske Arbeitsstelle Berliner Studenten.

Es ist fürwahr weit gekommen mit den rechtssozialistischen Führern. Und was sagen die Arbeiter, die bisher hinter ihnen standen, dazu?

Kein Belagerungszustand über Berlin.

Die vom „8 Uhr-Abendblatt“ gebrachte Nachricht, wonach der Volksbeauftragte Roske über Berlin den Belagerungszustand verhängt haben soll, ist, wie die Telegraphenunion zuverlässig hört, unrichtig. Zur Stunde ist der Belagerungszustand tatsächlich noch nicht ausgesprochen.

Für eine proletarische Einheitsfront!

Wir erhalten folgendes Telegramm:
Der Volksausschuß der S.-Räte XX. A.-D. und A.-M. Regierungsbezirk Allenstein richtet das Ersuchen an die Volksbeauftragten und den Zentralrat, sofort Vertreter der U. S. V. D. in die Reichsleitung aufzunehmen zwecks Verwirklichung einer einheitlichen proletarischen Front.

Volksausschuß der A. und S.-Räte Allenstein.
St.: Dunja, Barthele, Döbere.

Für Freiheit und Widerstand und Handgemess und Kreuzes
und fünf Mark! Und sie können alle, die Offiziere und die Studenten, und das Bürgertum jubelt. Arbeiter schießen auf Arbeiter, und das Bürgertum stellt sich auf die eine Seite, um die andere gundst niederzuwerfen, sicher, daß dann die Reihe an die Ueberrückbliebenen kommt. Das ist die sozialistische, die revolutionäre Politik der Regierung Ebert-Scheidemann!

Die Verhandlungen sind abgebrochen, aber die Revolution geht weiter. Sie geht weiter, trotz dem Bund, der sich da zusammenschließt und wird hinweggeben über eine Regierung, die keine Voraussicht hat, keine für die Zukunft und nicht einmal über die nächsten Tage hinaus.

Die Revolution wird hinweggehen über die Regierung der Ebert-Scheidemann und die ganze deutsche Pressepolitik der rechtssozialistischen Führer. Nicht wir haben diesen Kampf gewollt, aber die Erditterung, die er auslösen wird, wird zu der Kraft werden, die die Revolution vorwärts treiben wird. Dazu ist das deutsche Proletariat und keine Sache denn doch zu gut, als daß sie an dem Untergang seiner Führer scheitern sollte, die schon längst die Sache des Sozialismus preisgegeben haben und die dem Proletariat nur noch einen Dienst erweisen könnten: ihren Märitz!

Gewalt und nochmals Gewalt.

Die Regierung erläßt folgende Rundschreiben
Militärgesetz

Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge hat die Regierung. So Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Telle Berlin sind die Städte blutiger Kämpfe. Andere sind schon ohne Wasser und Licht, Krotontländer werden gestört, die Ernährung der Soldaten und Zivilbevölkerung wird unterbrochen.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um die Schrecken der Revolution zu verhindern und ihre Widerstände ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung. Gibt nur kurze Zeit Geduld! Seid unerschrocken, wie wie es sind, und nehmt Euren Platz entschlossen bei denen, die Euch Freiheit und Ordnung bringen werden. Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen lächerlicherweise aufgebracht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht! Berlin, 8. Januar 1919.

Die Reichsregierung:

Ebert, Scheidemann, Landwehr, Noske, Dittmann.

Weitere Vermittlungsversuche.

Die gestern verbotenen Verhandlungen wurden heute früh 10 Uhr wieder aufgenommen. Zunächst berieten die Vermittler — Breitscheid, Cohn, Dittmann, Haase, Kautsky — mit den Vertretern des Zentralvorstandes der U. S. V. von Groß-Berlin und des Aktionskomitees der revolutionären Arbeiter, die sich gestern abend mit ihren Kautzgebern über die von den Volksbeauftragten und dem Zentralrat nachträglich gestellte Forderung und Berechnungen geeinigt hatten, vor Eintritt in die Verhandlungen sämtliche befehlenden Reaktionen freizugeben.

Nachmittags kurz vor 3 Uhr erschienen die Vermittler beim Zentralrat und unterbreiteten folgenden

Vermittlungsvorschlag:

Beide Parteien haben sich am Montag, den 6. Januar, grundsätzlich bereit erklärt, die Vermittlung anzunehmen, und haben für den Eintritt in die Verhandlungen keinerlei Vorbedingungen gestellt. Daran haben die Verhandlungskommissionen Dienstag, den 7. Januar, abends, in ihren Sitzungen festgehalten.

Am Mittwoch, den 8. Januar, haben wir, abgesehen von dieser Verhandlungsgrundlage noch jetzt als richtig anzusehen, folgenden Vermittlungsvorschlag gemacht:

Die Verhandlungskommissionen der Berliner Arbeiterschaft sollen ohne den Beginn der Verhandlungen abzuschießen, veranlassen, daß die bürgerliche Presse sofort freigegeben wird, alle anderen Fragen sollen zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden. Dabei wird bemerkt, daß ein beide Teile befriedigender Ausgleich auch die Herausgabe des „Vorwärts“ einschließen würde, wie die Verhandlungskommissionen bereits am 7. Januar zugestanden haben.

Die Verhandlungskommissionen haben trotz scheinbarer Bedenken, aber von dem Bestreben geleitet, Mißverständnisse zu vermeiden, diesem unserem Vermittlungsvorschlag zugestimmt und uns ersucht, folgendes zu erklären:

Die Verhandlungskommissionen der Berliner Arbeiterschaft beschließen, die Freigabe der bürgerlichen Presse sofort zu erwidern, sofern die Regierung und der Zentralrat sich bereit erklären, nach Durchführung dieses Beschlusses unverzüglich in die Verhandlungen über die übrigen Fragen einschließlich des „Vorwärts“ einzutreten.

Wir unterbreiten den Vermittlungsvorschlag hiermit dem Zentralrat und den Volksbeauftragten und empfehlen die Annahme dringend.

Auf diesen Vermittlungsvorschlag antwortete der Zentralrat mit folgenden Schreiben:

Die Vermittlungskommission hat uns folgenden Vorschlag gemacht:

Die Vermittlungskommission der Berliner Arbeiterschaft beschließt, die Freigabe der bürgerlichen Presse sofort zu erwidern, sofern die Regierung und der Zentralrat sich bereit erklären, nach Durchführung dieses Beschlusses unverzüglich in die Verhandlungen über die übrigen Fragen einschließlich des „Vorwärts“ einzutreten.

Hierbei war bezüglich des „Vorwärts“ festgesetzt worden, daß Verlag, Druckerei und Herausgabe des „Vorwärts“ den bisherigen Besitzern überlassen bleibt. Auf Grund dieses Vermittlungsvorschlags hat der Zentralrat beschlossen:

Dieser Vorschlag bietet keine Grundlage zu weiteren Verhandlungen. Er verstoßt gegen die

in der Resolution enthaltenen wesentlichen Bestimmungen. Der Zentralrat würde die Erfolge der Revolution schädigen, wenn die Pressefreiheit in eine ihrer wichtigsten Errungenschaften. Der Zentralrat, der die Aufgabe hat, die Erfolge der Revolution sicherzustellen, kann die Pressefreiheit nicht preisgeben.

Der Zentralrat muß deshalb auf seinem früheren Beschluß bestehen bleiben, wonach die Wiederherstellung der uneingeschränkten Pressefreiheit die Voraussetzung für weitere Verhandlungen sein muß.

Dieses Schreiben wurde von Veinert und Hermann Müller, den Vorsitzenden des Zentralrats, persönlich in die Sitzung der Vertreter der Berliner Arbeiter überbracht. Um die Möglichkeit einer Verständigung nochmals zu erörtern, wurden sie ersucht, dem Zentralrat die Frage vorzulegen, ob er bereit sei, mit den Vertretern der Arbeiterschaft über die Freigabe der Reaktionen direkt zu verhandeln.

Auf diese Frage erfolgte gegen 7 Uhr nachfolgende Antwort:

Der Zentralrat ist bereit, mit den revolutionären Obleuten in Verhandlungen zu treten. Da an diesen Verhandlungen der Delegiertenrat der Groß-Berliner Arbeitervereine U. S. V. D. teilnimmt, hält der Zentralrat es für erforderlich, hierzu auch den Delegiertenrat der U. S. V. D. zu beiziehen.

Hierbei legt der Zentralrat voraus, daß die revolutionären Obleuten die revolutionäre Errungenschaft der uneingeschränkten Pressefreiheit, welche die Herausgabe des „Vorwärts“ einschließt, vor den Verhandlungen anerkennen und alle Forderungen freizugeben.

Die Vermittler haben darauf an den Zentralrat folgenden Schreiben gerichtet:

Die Antwort des Zentralrats ändert nichts an der bisherigen Situation. Daß der Zentralrat bereit war, mit den revolutionären Obleuten über die sachlichen Differenzpunkte zu verhandeln, war von ihm bereits bei der grundsätzlichen Annahme unserer Vermittlung erklärt worden.

Die zuletzt an den Zentralrat gestellte Frage ging dahin, ob er bereit sei, über die nachträglich von ihm gestellte Vorbedingung für den Eintritt in Verhandlungen mit den revolutionären Obleuten und den Vertretern des Zentralratsvorstandes der U. S. V. von Groß-Berlin direkt zu verhandeln. Das ist in der Antwort des Zentralrats abgelehnt worden. Der Zentralrat und der Rat der Volksbeauftragten haben somit endgültig ihre am 6. Januar ausgesprochene, an keine Vorbedingung geknüpfte Bereitwilligkeit, in sachliche Verhandlungen einzutreten, aufgegeben.

Die Vermittler sehen sich danach außer Stande, ihre Tätigkeit fortzusetzen. Sie erklären, es besteht keine Aussicht, daß die Vermittlung wieder aufzunehmen, da sie es für ihre Pflicht halten, alles zu tun, die gegenseitige Zerfleischung der Berliner Arbeiterschaft zu verhindern und Mißverständnisse zu vermeiden.

Berlin, den 8. Januar 1919, 8 Uhr abends.

An den Zentralrat der Deutschen sozialistischen Republik.

An den Rat der Volksbeauftragten.

An den Zentralvorstand der U. S. V. D. von Groß-Berlin.

An das Aktionskomitee der revolutionären Arbeiter von Groß-Berlin.

geg. Dr. Breitscheid, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Haase, Kautsky.

Damit waren weitere Vermittlungsverhandlungen vorläufig gegenstandslos geworden. Ob eine Möglichkeit besteht, sie wieder aufzunehmen und zu einem günstigen Ende zu führen, muß abgewartet werden.

Der Bürgerkrieg.

Die Schießerei in den Straßen Berlins nimmt ihren ungeführten Fortgang. Vor dem Reichstagsgebäude, dem Brandenburger Tor und in der Straße Unter den Linden vergeht fast keine Viertelstunde ohne heftiges Maschinengewehr- und Infanteriefeuer.

Auf wen wird geschossen? Die Regierungstruppen sind angeblich mobil gemacht worden, um gegen die Gewalttäter der Spartakisten einzufahren. Es wird aber keiner von den Augenzeugen, die im Verlauf des gestrigen Tages bei der Schießerei an den obengenannten Plätzen zugegen waren, feststellen können, daß bewaffnete Spartakisten gewalttätig gegen Regierungstruppen vorgegangen sind und diese zur Abwehr gezwungen haben. Im Gegenteil! Wir selbst haben es beobachtet und Dupende von Feinden brachten uns ähnliche Mitteilungen, daß die Regierungstruppen in vielen Fällen ohne jeden Grund gegen wehrlose Passanten das Feuer eröffneten.

Eine Anzahl von Menschenleben sind dieser blutigen Schießerei zum Opfer gefallen, viele sind verwundet. Die Erregung unter der Berliner Bevölkerung ist deshalb äusserst erhöht. Es ist kaum anzunehmen, daß das Ansehen der Scheidemann-Regierung durch dieses menschengefährdende Treiben wächst. Mehrmals wurde auf Häuser in der Straße Unter den Linden geschossen. Wohnen dort auch Spartakisten?

Am Verlauf des Tages wurden vom Reichstag aus mit Maschinengewehren auf der Schiffbauerdamm und die Luisenbrücke unter Feuer genommen. Das Maschinengewehrfeuer setzte jedes Mal unmittelbar ein. Es konnten verschiedentlich festgestellt werden, daß vorher nicht ein einziger Schuß gefallen war, aus dem zu schließen gewesen wäre, die Regierungstruppen seien durch Schüsse, von den Passanten abgegeben, zur Abwehr herausgefordert worden. Auch in der Friedrichstraße ist es zu Schießereien auf wehrlose Passanten gekommen, ohne daß irgendein Anlaß dazu vorgelegen hätte. Auch dabei hat es Tote und Verwundete gegeben. Gegen 6 Uhr abends wurde die Gegend am Brandenburger Tor unter Artilleriefeuer genommen, eine Frau wurde dabei am Rücken verwundet, ihrem Mann ist der Kopf zertrümmert worden.

Die Regierung zieht weitere Truppen zusammen und scheint es auf einen Gewaltakt angelegt zu haben. Neben den schon bekannten Bedrohungen, wird auch in der Wilmersdorfer Straße die Bildung einer Scheidemanngarde rege Propaganda getrieben. Den Leuten, die sich für das Schießen auf das Volk begeistern, wird pro Tag 11 Mark geboten. Die Wamba soll 1000 Gewehre und viele Handgranaten zur Verfügung haben, um Regierungstruppen auszurufen. Das Brandenburger Tor, das von

Regierungstruppen besetzt ist, hat zu keinem besonderen Schuß noch einen Flammenwerfer erhalten. Die Verteilung leidet der Vormärtskassette Quinzer. Auch an der Ecke der Wilhelmstraße ist ein Flammenwerfer aufgestellt.

Die Schießerei hält bis zur Stunde noch an und man weiß nicht, was die Nacht bringen wird. Den vielen Neugierigen, die sich auf der Straße herumtreiben, wäre für die nächsten Tage zu raten, lieber zu Hause zu bleiben. Keiner sollte sich in diesen ersten Stunden der Neugierde zuliebe totschlagen lassen.

Das Straßensbild.

Von 11 Uhr an ist es nicht mehr möglich, zum Reichstagsplatz zu gelangen. Alle Zugänge sind von bewaffnetem Militär und Zivil abgeperrt. In die Dorotheenstraße knattern in kurzen Zwischenräumen Gewehrschüsse hinein. Man weiß nicht, woher sie kommen. Einzelne Häuser, von denen das aufgeregte Publikum vermutet, daß aus ihnen zur Provokation der Menge geschossen wird, werden abgefeuert, aber ohne Erfolg. Nach der Friedrichstraße zu hat sich ein Häuflein Arbeiter und Arbeiterinnen von etwa 100 Personen angeammelt. Das Schick, das ihm vorgezeigt wird, hat die Aufschrift: „Die revolutionären Arbeiter der Firma Kanari sind für Vereinigung“. Von gleichem Charakter getragen ist ein Zug der Flugzeugwerke Adlerhof, der mit roten Fahnen an der Spitze Plakate mit sich führt, auf denen „Wir wollen keinen Bürgerkrieg“ steht. Dieser Zug setzt sich durch die Belegter Straße in Bewegung. Der Potsdamer Platz ist wieder ein Schwarm Menschenmeer. Der störende Straßenbahnverkehr macht sich jedenfalls fast fühlbar, überall wird beständig diskutiert; ebenso an allen großen Straßenkreuzungen Friedrichstraße—Linden, Friedrichstraße—Leipziger Straße. Ganz typisch immer die gleiche Beobachtung: mehrere dem Bürgertum und den besseren Ständen angehörende Personen ergreifen die Partei der Regierung, verlangen kräftiges Eingreifen und ergeben sich nicht selten in wüsten Schimpereien gegen die Arbeiter. Aber überall finden sich doch ein paar aufgestellte Arbeiter, die die erforderliche Korrektur vornehmen. Am die Mittagszeit begegnen uns auch etliche Züge der streikenden Straßenbahn, ein Trupp zieht durch die Königin-Augusta-Straße nach dem Anhalter Bahnhof zu, ein anderer durch Viktoria- und Poststraße. Sie unterscheiden sich wesentlich von den Arbeiterzügen; ein gewöhnlicher Soglerzug, aber kein lampenloser Demonstrationzug.

Am Nachmittag ist die Passage Potsdamer Platz—Brandenburger Tor wieder freigegeben. Die Droschken und Automobile, die Vierbeinerräder raffen durch die Bundesplatz Straße; ruhige Passanten plündern die Straße auf und ab. Wie der Potsdamer Platz, so ist auch diese Straße wie bester von weggeworlenen Blätter der Regierungsozialisten, in denen sie ihre Bereitwilligkeit zum Verhandeln betonen, wenn nicht der böse Feind, die Spartakisten, ihnen durch ihre Gewalttätigkeit das Verhandeln immer unmöglich machen. Das Publikum scheint zu wissen, was es auf solche Scheinheiligen Meinungen zu geben hat und beweist es dadurch, daß es die Flugblätter wegwirft. Ein ganz friedliches Bild also, was ich sehe, das höchstens dadurch etwas gestört wird, daß aus der Tür am Garten des Reichstagsgebäudes Soldaten mit Sturmhauben heraustraten und vier Soldaten mit über die Mauer gelegten Gewehren und einem Maschinengewehr etwa 100 Meter über die Mauer schossen; man ahnt nichts Gutes.

Kurz vor 5 Uhr trafen denn auch in die Straße etwa vier Gewehrschüsse und gleich darauf legt ein entschlossenes Gewehr und Maschinengewehr vom Brandenburger Tor und vom Reichstag her ein. Alle Passanten suchen, so gut es geht Schutz an der Wand, andere legen sich hinter den Bäumen auf die Erde, und als eine kleine Pause eintritt, flüchten Hunderte aus dem Gehlitz des Tiergartens, um sich in Sicherheit zu bringen. Neben mir steht eine alte einfache Frau und sagt: „Wenn ich jetzt die Scheidemann noch ein paar Freunde gehabt hätte, diese Revolution müßte ihnen den letzten Rest von Vertrauen rauben“. Gegen 6 Uhr röhrt eine Droschke durch die Leipziger Straße und wirft ein Herzflugblatt der Arbeitstelle Berliner Studenten aus, das regierungstreue Männer aus den Reihen der Bürgerlichen auffordert, sich mit den Reichsozialisten zu verständigen.

Schwere Blutopfer.

Die empörende und, wie wir uns in diesen Fällen immer zeigen konnten, völlig grundlose Schießerei vom Reichstagsgebäude und Brandenburger Tor aus, hat eine große Anzahl tief beklagenswerter Opfer gefordert. Über einen Teil derselben haben wir Bestellungen machen können. Es hat sich dabei die sehr bemerkenswerte Tatsache ergeben, daß nicht bei einem einzigen ein Mensch eine Wunde erlitten hat.

Nachstehendes Verzeichnis der Opfer umfaßt nur die Hälfte, die von den Arbeiterkomitees behandelt worden sind. Diese Komitee unterhält am Brandenburger Tor, in der Neuen Bode und im Vorwärtsgebäude eine ständige Wache, wo sich eperbereit fähig Personen Tag und Nacht befinden. Vielfach scheint über diese menschenfreundliche, proletarische Organisation Irrtum verbreitet zu sein. Anders läßt sich folgender Vorkfall nicht erklären:

Am 8. Januar um 3 1/2 Uhr bestien die Regierungstruppen, wiederum ohne jeden ersichtlichen Grund, nach der Wilhelmstraße zu mit einer wüsten Schießerei einzusetzen. Wie an Hunderten von Straßenecken waren hier einzelne Trupps Neugieriger zusammengedrängt. Da die Truppen direkt in die zusammengeballte Menge feuerten, gab es fünf Tote und eine größere Anzahl Verwundete. Die zur Überleistung herbeieilenden Arbeiterkomitees wurden von der über die sinnlose Schießerei auf dem Potsdamer Platz empörenden Menge mit heftigen Vorwürfen empfangen. Man machte ihnen zum Vorwurf, daß sie das unmensliche Feuer nicht verhindert hätten. Jeder glaubte, daß das den Komittees ganz unmöglich sei, da sie keinerlei Einfluß auf die Truppen hätten, verhalte ungehörig. In ihrer Erbitterung über die aufgeregte Truppe auch die Samariter blinde. Man nahm den Leuten sogar die Dringlichkeit der Truppe ab und hinderte sie auf die Art an der Ausübung ihrer hochwürdigen Tätigkeit. So begreiflich die Empörung der bis aufs Blut gereizten Menge ist, so muß doch festgestellt werden, daß Samariterzug unter allen Umständen zu respektieren.

In den Tagen vom 6. Januar bis 8. Januar, abends 5 Uhr, wurden am Brandenburger Tor 14 Tote getötet.

Wir lassen die Veronalien folgen: Heinz Bergsen, Duisburg, Kaiserstr. 334, Adenshuh; Anton Bölte, Drober, Weberstr. 35, Schuß durch die Gaischländer; Willi Brandenburg, Al-Roobi, Lungenstr.; Gustav Friedrich, Landwehrstr. 27, Lungenstr.; Ehepaar Emil Kulanke, 87 J., und Ida Kulanke, 89 J., Romenauer Str. 18; Geis Otto 50 J., Biergartenstr., Charlottenburg.

Weggeren wurden sechs unbekannte männliche Personen und eine unbekannte weibliche Person aufgenommen.

Schwerverwundet sind zweiundsünzig Personen. Darunter: Viktor Peters, Anischuh; Otto Marpart, Hülshuh; Arthur Heim, Bedenschuh; Diekmann, Kopperschuh; Herbert Dietrich, Bedenschuh im Oberdenkel; Franz Herzer, Stiefelhuh im Oberdenkel und Armschuh; Walter Schell, Leder; Verletzung des Schienbeins; Karl Gembsch, Unterdenkelschuh; Julius Zimmermann, Kopperschuh durch Rollenstich; Franz Sobotta, Anischuh; Walter Niemeyer, Anischuh; Karl Denning, schwerer Gedächtschuh; Willi Bloch, Bruhschuh; Willi Reifendberg, Kopperschuh; Wenapp, Bauchschuh; Ernst Gierke, Bedenschuh; Hermann Damed, linker und rechter Schenkelschuh; Balbort, Kopperschuh; Rusketter Geier, Kopperschuh; Paul Jung, Weinschuh; Marie Münch, Oberdenkelschuh; Emilie H. Ger., linker und rechter Fußschuh; Rudolf Ambros, Unterschenkelschuh; Walter Schubert, Bauchschuh; Hans Knochenheiß, Unterschenkelschuh; Erich Wegmann, Hand-, Hand-, Armschuh; Paul Wedemann, Arm-, Hand-, Fußschuh; Kurt Schild, Kopperschuh; Willi Heise, Anischuh; Karl Wehler, schwerer Bedenschuh; Max Lindenlaub, Burgdorfer, 8. Rücken-; Gust Heintze, Mittelhandschuh; Quehl, Brust-Querschnittschuh; Geroldsdorfer Schell, schwerer Bruhschuh; Bernhard Schermig, 22 A., Siemensstadt, Schulstr. 8, Bauchschuh; Karl Wedemann, 27 A., Charlottenburg, Kaiser-riederstr. 77, Unterschenkelschuh; Ernst Buchholz, 18 J., Siemensstr. 8, Deden-; Willi Mein, 20 J., Memeler Str. 50, Hand-; Josef Khele, 21 J., Steinmühl, 15, L. Hand-; F. da Rulshaupt, 21 J., Mt. Nooit 23, Kopperschuh; Max Denische, 18 J., Arbeiter, Neulöh, Anischuh, 65, rechts, Hand-; Schuhverletzung; Paul Freuh, 19 J., Neulöh, Hülshuh, 25, L. Oberdenkelschuh; Alexander Staller, 43 J., Kronenstr. 19, Anischuh; Karl Schmidt, Kellner aus Preuß., Wohnung unbekannt, Bauchschuh; außerdem acht unbekannte schwerverletzte.

Der weiße Schrecken.

Die nichtwürdige Schikare in den Straßen Berlins bringt jetzt auch das Blut vieler Aelste des Bürgerturns in Wallung. Gestern abend gegen 7 Uhr kam ein Auto mit Bewaffneten Soldaten und Maschinengewehren die Linden herunter. Mit dem Rufe: "Die Straße frei!" wurden die geängstigten Passanten in die Nebenstraßen getrieben. Als ein Herr einen der mit dem Gewehr herumstreichenden Soldaten darauf aufmerksam machte, daß er betrunken sei, wurde er sofort verhaftet und abgeführt. Ein anderer, der sich als Arbeiter ausgeben wollte, erklärte unter allseitiger Zustimmung der Umstehenden, daß er noch den blutigen Vorgängen des heutigen Tages die Regierung über Scheidemann nicht mehr unterstützen könne. Plötzlich, als er den Antrag machte ein Dach zu errichten, man weiß nicht, ob auf Scheidemann oder Liebknecht, gab ein Offizier mit Gewehr den Befehl zum Feuer, und mehrere Soldaten auf die Unbekannten schossen. Schreiend und Hilferndem trachten drei Passanten zu fliehen. Die Erregung des Publikums, das sich in seiner großen Mehrheit nicht zu Spartakus bekannte, war eine ungeheure. Noch lange hörte man die in den frühen Abend von den Linden her Schüsse fallen, ohne daß von bewaffneten Demonstranten eine Spur zu sehen war.

Wahnsinn oder Meuterei?

Am 31. Uhr wurden am Brandenburger Tor unordentliche Passanten, die sich nicht im geschlossenen Zuge durch die Straße bewegen, von einem Trupp Soldaten angehalten. Der Offizier, der den Trupp führte, erklärte den Passanten, daß die Regierung befohlen habe, der Platz am Brandenburger Tor sei sofort zu räumen, andernfalls auf jeden Passanten ohne vorherige Warnung geschossen werde. Der Offizier hatte diese Worte kaum ausgesprochen, als er seinen Leuten — wie zur Bekräftigung seiner Aussage — auch schon den Befehl zum Feuer gab, ohne daß das Verhalten der Passanten den geringsten Anlaß dazu gegeben hätte. Der Befehl wurde unverzüglich ausgeführt. Der Befehl forderte sieben Opfer, darunter mehrere Tote.

Brutalitäten.

Gegen 4 Uhr nachmittags wurde aus der Wilhelmstraße heraus das Signal gegeben, daß geschossen werden soll. Die dort stehende Menschenmenge ergreift die Flucht und sucht Schutz in den nächstliegenden Gebäuden. Dieses Vorhaben war einer größeren Gruppe noch nicht gelungen, als schon vom Dach des Hotels "Britol" herab

Handgranaten

unter sie geworfen wurden, wodurch über 50 Personen leicht und schwer verwundet wurden. Die Verwundeten wurden nach der Charité gebracht. Ein Mann, namens Duell, Lichterfelde, Ringstraße 49 wohnhaft, erhielt einen doppelten Lungenstich; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Unter den Verletzten sollen sich allein 20 j u n g e M ä d c h e n befinden.

Nach vom Dach des Union-Club-Gebäudes in der Schadowstraße aus wurde in derselben Zeit auf die wehrlose Menge geschossen.

Etwas später ereignete sich ungefähr an derselben Stelle folgender Vorgang, der bezeichnend ist für die Robheit unter den Regierungstruppen. Über die Linden kam ein Flugzeug geflogen, das Flugblätter mit der Warnung herabwarf, kein weiteres Blut zu vergießen. Ein Mann, der sich nach einem dieser Flugblätter und erhielt im selben Augenblick einen Schuß durch den Rücken. Augenszeugen trugen ihn in einen Krankenwagen, und ein anderer Samariter wollte ihn dort verbinden. Da kürzten plötzlich Regierungstruppen herein und riefen: "Hände hoch!" Der Samariter erwiderte: "Ich muß hier einen Verwundeten verbinden." kaum hatte er dieses ausgesprochen, als ein Schuß trachte und der Samariter an Tode getroffen hinfiel.

Von der Besinnung der Scheidemanngarde, eine Kolonne dauernden Verhütung, zeigt auch folgender Vorfall: Unter den Linden, an der kleinen Mauerstraße, wird ein Mann verwundet. Hilfsbereite Männer bringen ihn nach dem Hotel "Kallert", um ihn dort verbinden zu lassen. Sie werden von dort einquartierten regierungstreuen Soldaten mit den Worten empfangen: "Diese Leute möchte man gar nicht verbinden, sondern gleich zum Fenster hinausichmeißen." Schließlich ließ man sich aber doch herbei, dem Verwundeten Hilfe zu leisten.

Provokierende Scheidemann.

Von einem alten Parteigenossen wird uns mitgeteilt: Ich zog am Dienstag nachmittag mit einem Demonstrationszug von der Siegesallee aus nach dem Potsdamer Platz. Der Zug marschierte wohlgeordnet durch die Straßen und es war keiner dabei, der eine schäufliche... Auf dem Potsdamer Platz hatten sich die En-

gänger Scheidemann aufgestellt und bedrängten uns von beiden Seiten her, daß wir nicht weiter konnten. Es kam schließlich zu einem Handgemach, man versuchte uns gewaltsam die Köpfe zu entreißen. Plötzlich fiel ein Schuß. Alles hobte auseinander. Wir wollten nach dem Kaiserhof ausbiegen, doch dort stand ein Trupp von fünfzehn Soldaten, der in rücksichtsloser Weise gegen uns vorging und uns gewaltsam fahnen und Vertriebsstafeln entriß. Der Tumult war derart bedrückend, daß die älteren Leute kaum fertig wurden, die Frauen und Mädchen aus dem Gedränge zu bringen. Mein Nebenmann erhielt von einem Soldaten mit einem scharfen Gegenstand einen Schlag über das linke Auge und trug eine tiefe Wunde davon. Es ist ein Jammer, daß in dieser Weise gegen friedliche Demonstranten vorgegangen wird. Denn wir haben auch das Recht auf die Straße zu gehen und für unsere Ideale zu demonstrieren, wie die Anhänger Scheidemanns. Ich bin selbst vier Jahre im Gefängnis gewesen, habe schwere Kämpfe mitgemacht, aber der Angriff der jungen Soldaten auf wehrlose Demonstranten war so jämmerlich das Erbärmlichste was ich je erlebt habe.

Serausfordernde Schikare.

Von einem Augenzeugen wird uns berichtet: Als ich am Dienstag abend von einer Versammlung nach Hause ging, fand in der Nähe der Wallfaterferne in der Chausseestraße ein Trupp von 60-70 Personen und besprach die Ereignisse des Tages. Schließlich wurde ein Dach auf Liebknecht ausgebracht. Aus den Fenstern des oberen Stockwerks riefen daraufhin Soldaten "Nieder mit Liebknecht!"

Plötzlich kürzte eine Abteilung aus dem Mittelportal der Kaserne und eröffnete das Feuer auf die Menge, ohne daß vorher auf diese eine Warnung ergangen wäre. Ich blieb in unmittelbarer Nähe der Kaserne und sah, wie die wütenden Soldaten mit aufgespangtem Seitengewehr der fliehenden Menge nachstürzten und immer wieder Salven auf sie abgaben. Ob jemand dabei verletzt worden ist, konnte ich nicht feststellen, da die Chausseestraße wiederholt unter Feuer genommen wurde. Wer hat das Schießen der Garde-Püßiere auf die wehrlose Berliner Bevölkerung angeordnet?

Ein besonders rabiaten Gesellen kürzte mit aufgespangtem Seitengewehr auch auf mich zu und nahm eine drohende Haltung ein. Als er sah, daß ich die Ruhe nicht verlor, zog er ab. Ferner wurden im Laufe des Nachmittags die Häuser Bienenstraße 10 und 20 von Soldaten der Wallfaterferne nach angeblich verbotenen Maschinengewehren abgefragt. Die Durchsuchung, die auf eigene Faust geschah, verlief ergebnislos. Ich möchte bemerken, daß ich als völlig unbeteiligter Zuschauer Zeuge der unehrenhaften Vorgänge war. Ich habe mich an dem Schicksal auf Liebknecht nicht beteiligt, sondern stand auf der anderen Seite der Straße, als die Schikare einschickte.

Mißachtung der weißen Flagge.

Am 4. Uhr nachmittags wurde unter den Linden ein Mann im Alter von 43 Jahren durch doppelten Prallschuh verwundet. Eine freiwillige Krankenpflegerin bemühte sich um ihn und versuchte durch Wabeln mit einem großen weißen Tuch das Einstellen des Herzes zu erzielen. Die Truppen der Regierung reagierten auf dieses Zeichen, das im Felde, wenn es vom sogenannten Landesheinde gegeben wurde, jederzeit hochzeit wurde, nicht und ließen das Feuer fort. Umherstehenden Passanten bewachte sich eine unehrerliche Verletzung. Männer und Frauen traten vor ohnmächtiger Wut die Tränen in die Augen. Rehmische Fälle werden von anderen Plätzen berichtet.

Das Verlangen nach Versöhnung.

Bei den Rasendemonstrationen am gestrigen Mittwoch in der Siegesallee wurden neben vielen anderen Plakaten auch solche getragen, die zur Verständigung des Bruderkampfes aufforderten und für eine Vereinerung der Arbeiterschaft eintraten. Andere Plakate forderten die sofortige Bildung einer Regierung, in der beide Parteirichtungen vertreten sein sollen.

Die Stimmung unter der verständigen Arbeiterschaft, den Bruderkampf zu beenden, nimmt allenthalben überhand. Natürlich wird verlangt, daß die kompromittierten Männer verschwinden. Es sind jedenfalls nicht die schlechtesten Arbeiter, die da reden, innerhalb der Arbeiterschaft bestanden eigentliche Gegenstände nicht. Als wollen die sozialistische Republik. Nur das Bestreben der Mehrheitssozialisten mit dem Bürgerturn habe die Gegenstände heraufbeschworen. Letzten Endes würden die Arbeiter die Leidtragenden des Bruderkampfes sein.

Kampf ums Berliner Tageblatt.

Gestern gegen Mittag verließen Regierungstruppen das Pressegebäude in der Jerusalemer Straße zu stürmen. Nach kurzem Feuerkampf, bei dem die Angreifer 8 Tote einführten, während die Verteidiger keine Verluste hatten, mußten die Truppen untröstlicher Flucht abziehen.

Die besetzten bürgerlichen Zeitungen.

Die Angestellten der Verlagshäuser Ullstein, Rössle und Scherl saßen nach einer Telefon-Meldung in einer gestern vormittag stattgefundenen Versammlung den Beschluß, den Verleiher in diesen Häusern erscheinenden Zeitungen unter keinen Umständen wieder aufzunehmen, solange sie unter sozialistischer Herrschaft stehen. Die Versammlung hob hervor, daß sie den von den Spartakisten gestellten Bedingungen nicht zustimmen könne. Diese hatten verlangt, daß die Zeitung unter verändertem Titel erscheinen solle, daß die Redaktionen durch Spartakisten besetzt, im übrigen aber das brauchbare Personal beibehalten würde. Die Vertrauensleute lehnten diese Bedingungen enträufelt ab, und die Versammlung schloß sich diesem Beschluß an.

In Neulöh sind die beiden Lokalblätter, "Neulöher Tageblatt" und "Neulöherische Zeitung" besetzt und erscheinen in revolutionärem Geiste.

Demonstration für Eichhorn.

Gegen 1 Uhr mittags strömten aus verschiedenen Richtungen die Arbeiterzüge von der Siegesallee her auf dem Alexanderplatz zusammen. Die wogende Menge bot mit den zahlreichen Fahnen ein majestätisches Bild. Immer wieder erklangen Heds auf Eichhorn, Liebknecht und die Weltrevolution. Im Bräutigam selbst herrschte ein bewegtes Treiben. Das Aufnahmebureau des Sicherheitsdienstes konnte die Arbeit kaum bewältigen, zu Hunderten meldeten sich die Genossen, die sich dem Polizeipräsidium zur Verfügung stellen wollten. Drunghen hatten sich unterdessen die Demonstrationszüge wieder in Bewegung gesetzt.

Bildung von Offiziersbataillonen.

Die das "8-Uhr-Abendblatt" meldet, hat sich das gesamte in Berlin weilende Offizierskorps auf Ehrenwort dem Oberkommandierenden von Berlin, dem Volkshauptmann, verpflichtet. Die Regierung ist zur Bildung von Offiziersbataillonen gezwungen.

Wie lange wird es dauern, bis die Werkzeuge der Regierung zu ihren Herren geworden sind?

Die vereitelte Lösung.

Der Zentralrat hat an den Zentralrat der Marine R. R. E. folgendes Schreiben gerichtet:

Die Kameraden Albers und Wengert sind infolge Ermächtigung mit dem Vorschlagsvorschlag an den Zentralrat herangerufen:

"Um dem Untergang Einhalt zu gebieten, rufen wir an den Rat der Volkshauptmannschaft das dringende Ersuchen, dadurch die Ursache der Kämpfe aus der Welt zu schaffen, daß drei Mitglieder der Regierung und zwar Gert, Schreiber, Mann und Kalle demissionieren und dafür zwei unabhängige und ein Kommunist in das Kabinett eintreten."

Der Zentralrat hat diesen Vorschlag beraten und ist zur einstimmigen Ablehnung gekommen, weil diese Vorschläge keine geeignete Grundlage zu Verhandlungen bieten können.

Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands, 202. Platz.



Die Forderungen der Straßenbahner.

Kochstehend geben wir die Forderungen der Straßenbahnangestellten wieder, die vom Arbeitererrat der Direktion der Groß-Berliner Straßenbahn-Gesellschaft unterbreitet wurden und jetzt dem Gewerbegericht als Grundlage für weitere Verhandlungen dienen.

Für Aufsichtsbearbeiter wird verlangt ein Anfangsgehalt von 250 M., steigend in 10 Jahren bis 300 M., Teuerungszulage 120 M., Erhöhung jeder Stufe des Fahrpersonals 100 M., Urlaub anfangs 18 Tage, steigend in 10 Jahren auf 21 Tage.

Für angeheftetes Fahrpersonal Anfangsgehalt 400 M., nach 5 Jahren 450 M., über 5-10 Jahre 500 M.; Abfindungssumme 400 M., Fahrzulage für Fahrer 1 M., für Schaffner 50 Pf. täglich unter Parität der jetzt gezahlten Teuerungszulage, Urlaub bis 5 Jahre 10 Tage, über 5 Jahre 20 Tage.

Für Schaffnerinnen einen Tagelohn von 11 M., eine Abfindungssumme von 400 M., Urlaub bei 1 Jahr Beschäftigungsdauer 5 Tage, 2 Jahre 7 Tage, 5 Jahre 10 Tage.

Das Gehalt des weiblichen Aufsichtspersonals soll 60 Prozent nicht als das bisherige Gehalt betragen. Das weibliche Personal, als Streckenwärter, Wagenwärter, Rangierer usw. verlangt einen Tagelohn von 11 M. und zwei bezahlte freie Tage im Monat, eine Abfindungssumme von 400 M., Urlaub wie bei den Schaffnerinnen.

Die bisher gezahlten Teuerungszulagen sollen angesichts der Forderungen in Fortfall kommen.

Der Vertreter des Transportarbeiter-Verbandes, Holmann, machte den Vorschlag, den Verkehr ausrecht zu erhalten und die Vermittlung des Berliner Gewerbegerichts anzunehmen. (Zeitiger Widerspruch.) Der zur Abstimmung gebrachte Vorschlag wurde mit erdrückender Mehrheit abgelehnt.

Die Versammlung forderte, in eine sofortige Verhandlung über die Forderungen des Arbeiterrats einzutreten und der Direktion zu unterbreiten. Unter beiderseitiger Zustimmung wurde beschlossen, im Streit zu verharren, unter gleichzeitiger Vermittlung des Gewerbegerichts. Der Forderungsausschuss wurde je ein Mann der einzelnen Beinhöfe zugewiesen, um den Forderungen bei den Verhandlungen Nachdruck zu geben.

Wasser- und Lichtloß in Berlin.

Die Telegraphen-Linien teilt mit: Die Arbeiter der Groß-Berliner Wasserwerke sind in den Aufstand getreten. Ein erheblicher Teil des Stadtgebietes ist daher ohne Leitungswasser. In Friedenau hat außer dem Wasserwerk auch das Elektrizitätswerk den Betrieb eingestellt. Friedenau ist also ohne Wasser und Licht.

Den Textarbeitern in Antonow wurde durch Vereinerung zwischen den Unternehmern der hiesigen Textilarbeiterschaft einerseits und den Vertrauensleuten des Textilarbeiterverbandes und dem Aktionsausschuß des hiesigen Ortes andererseits eine Teuerungszulage von 50 Mark für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin, auch dem für jedes Kind 2 Mark bewilligt über eine Erhöhung der Löhne wird mit dem Textilarbeiterverband und den Unternehmern weiter verhandelt.

Lebensmittellieferer.

Die Auflegung neuer Fleischabnahmeverzeichnisse in Berlin kann nicht, wie zunächst bekanntgegeben, vom 9. bis 15. Januar, sondern erst vom 15. bis 19. Januar erfolgen, da infolge Streiks in einer der beteiligten Druckereien die Verzeichnisse für die nächste Periode nicht zu dem ursprünglich festgesetzten Termin ausgeben können.

Aus den Organisationen.

An die Jugend!

Bedrängte, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Um für die gesamte Jugend bei der Klassenkämpfe am 15. Dezember aufgestellten Forderungen durchzusetzen, ist ein gemeinsames Vorgehen notwendig. Zu diesem Zweck findet am Donnerstag, den 6. Januar, abends 7 Uhr, in den Sophienkämmer, Sophienstraße 17-18, eine

Versammlung aller Vertrauensleute der Jugend statt, zu der alle Betriebe in Groß-Berlin Vertreter entsenden müssen. — Wir bitten die Vertrauensleute der Betriebe, die noch nicht bei uns gemeldet sind, am Sonntag einen Zettel abzugeben, der die Adresse des Betriebes, die Zahl der befristeten Jugendlichen und die Adresse der Vertrauensleute enthalten muß. Freie Jugend Groß-Berlin.

Jugendsekretariat: Berlin, Schillerstr. 3/5, Hof 2 Tr.

Konferenz-Niederländerbauern-Bez. Die freie Jugend sagt jeden Mittwoch von 6-9 Uhr und jeden Sonntag von 4 Uhr nachmittags ab in der Schul-Aula der hiesigen Volkshaus (Eingang Schillerstraße). Wir erziehen alle Jugendlichen um recht zahlreiches Erscheinen. Ferner teilen wir unseren Mitstreikern mit, daß die Überbrückung in unserer Bibliothek jeden Sonntag abend von 6-7 Uhr in der Wohnung des Genossen Böke, Fiedrichstr. 27 I. stattfindet.

